

# Volks-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden 8. Sagespalt, 3. Amm. be. Miß-  
meterzeile oder deren Raum, mit  
20 Pf. berechnet u. in untern An-  
gebildeten zu allen Anzeigen-  
stellen angenommen. Bekann-  
te die 22 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.  
Anzeigen-Annahmebüro norm.  
11 Uhr, für die Sonntags-Druck-  
u. Abteilungen, sowie aus-  
säßig, müßten fortwährend  
Erfüllungsport: Köln. Ersch.  
1661, 2mal, Sonntag 1mal, Geschäfts-  
zeit, a. Haupt-Geschäftsstelle: Köln,  
Rheinstraße 14. St. Kreuz-  
hofstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:  
Markt 24 und Große Delfstr. 22.

**Bezugspreis**  
für 6 Hefen monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 2,00 Mark, vierteljährlich  
5,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark  
auswärts. Postgebühren. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen Reichspostanstalten ange-  
nommen. Um Anteil, Zeitungs-  
preisliste unter Angabe der eingegan-  
genen Manuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Zustimmung der Redaktion ge-  
stattet. Ferner: der Schriftführung Nr.  
1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 453.

Halle, Sonnabend, den 27. September.

1919.

## Eine Rede Eberts an die Heimkehrer.

Ebert und Noske besuchen die  
Durchgangslager.

WZ, Göttingen, 26. Sept. (Drahtnachricht.) Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske begrüßten heute im Durchgangslager Göttingen die heimgekehrten Kriegesgefangenen. Präsident Ebert hielt eine Ansprache, in der er den Heimkehrern für ihre treuen Dienste und ihr tapferes Aushalten dankte. Er führte in seiner Rede weiter folgendes aus:

Die junge deutsche Republik, zu der sich das alte Reich in schmerzlicher und bitterer Kampf umgestaltet hat, braucht jede einschlaffende und ausdauernde Kraft, wenn sie wieder zu einer wahrhaftigen Freiheit und währenden Heimat werden soll. Aber auch neben dem Tagewerk, in das die bitters Not der Volksgemeinschaft ruft, steht im neugefalteten Deutschland die Freiheit, Freiheit der Bestimmung, freie Handhabung der Gleichberechtigung verbürgen die neue Bestimmung. Wie immer man zu einzelnen Fragen steht: Bescheiden Sie von ersten Tage im alten Vaterland das gleiche Recht für alle als das Bollwerk gegen jede Diktatur. Wenn Sie den Segen kameradschaftlichen Zusammenhalts, den Sie durch harte Jahre schwer gelohnt haben, mit hineinbringen in unser gekämpftes Volk, dann dürfen wir in Ihnen die Vorkämpfer der höchsten Freiheit sehen, in der Freiheit die Achtung vor den Wünschen und der Ueberzeugung der Nächsten hat und auch im politischen Gegner den Landsmann und Schicksalsgenossen sieht. Wirken wir in diesem Sinne, dann muß es wieder in Deutschland vorwärts und aufwärts gehen.

Der Reichspräsident unterließ sich mit einzelnen heims-  
gekehrten Soldaten, die durchein-  
ander zu schauen und die sich  
dankbar und anerkennend für die  
getroffene Fürsorge und für den  
liebenden Empfang, der ihnen in  
Göttingen bereitet wurde, auszu-  
sprechen. Reichspräsident und  
Reichswehrminister besichtigten  
anschließend die Waffenschmiede-  
stätten, Zirkelstätten und Ver-  
einigungsstellen des Lagers  
und teilten nachmittags nach  
Sammelvortrag-Reden zur  
Festigung des bürgerlichen Lebens  
weiter.

## Tagung des Reichsrates.

Das schwankende Charakterbild der  
Kriegesgesellschaften.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Drahtnachricht.) Im  
Bundesrats-Sitzungssaal des Reichstages tagte heute  
nachmittags der Reichsrat in öffentlicher Sitzung. Der  
Finanzminister Erberger eröffnete die Sitzung um  
5 1/2 Uhr. Er entkündigte sich wegen seines gestrigen  
Nichternehmens mit dem Hinweis auf eine wichtige  
Sitzung des Gesamtabminis. Der Reichsrat überwiegt  
eine Reihe von Berichten und Gesuchen, die an die  
Kriegesgesellschaften gehen. Im weiteren Verlauf der  
Tagung wurden behandelt der Reichsrat den bereits  
geleiteten mitgeteilten Beschluß des bayerischen Reichsrates  
zur Einsetzung eines Untersuchungs- und Ueber-  
wachungsausschusses von Mitgliedern des Reichsrates  
und der Nationalversammlung über das spätere  
Reichstages für die Kriegesgesellschaften. In seinem  
Bericht darüber führte der sächsische Reichsrat Graf  
Goltz aus, daß der bayerische Antrag in voller Ueber-  
einstimmung mit der sächsischen Meinung gestellt worden  
sei. Er entwarf eine Forderung weiterer Volkstreu-  
e und wies vermuthlich auf einen größeren Anhang von  
Kriegesgesellschaften nicht unbedeutend sein, die auf das  
Vertrauen der Öffentlichkeit Wert legen. Der Aus-  
schuß würde sich allerdings noch nicht gleich mit dem be-  
sagten Angelegenheiten beschäftigen können, da für diese die einzelstaatlichen Verwaltungen zuständig  
sind. Reichsfinanzminister Erberger gab die Ver-  
sicherung, daß die Reichsregierung den Beschluß einstimmig  
unterstützen werde. Der bayerische Reichsrat er-  
klärte das Vorgehen Bayerns aus dem Grunde, über  
die Schäden, die über die im weiteren Verlauf der  
Kriegesgesellschaften zu schaffen, um das Vertrauen des  
Volkes zu befestigen. Der Beschluß wurde einstimmig  
angenommen. Danach tagte der Reichsrat in nicht  
öffentlicher Sitzung weiter.

## Eine allgemeine Amnestie beim Friedens- schluß?

WZ, Berlin, 26. Sept. Im Haushaltsaus-  
schuß der Nationalversammlung erklärte bei der Beratung des Haus-  
haltes der Reichsjustizverwaltung ein Regierungsvertreter,  
daß eine allgemeine Amnestie nicht in Aussicht liege, vielmehr  
leiste beim endgültigen Friedensschluß.

## Auflösung der Nationalversammlung.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die  
die „Reinlichkeits-Zeitung“ ein parlamentarisches  
Freiwilligkeits-Verband, dessen gewählte Mitglieder darauf hin, daß sich  
die Regierung mit der baldigen Auflösung der National-  
versammlung beschäftigt. Die Neuwahlen für den Reichstag  
sollten zuerst im Januar 1920 ausgeführt werden. Das

Kabinett scheint aber jetzt zur Ansicht gekommen zu sein, daß  
ein früherer Termin angebracht sei. Von Abgeordneten-  
kreisen wird verhofft, daß eine Auflösung der Nationalver-  
sammlung recht bald erfolgen werde. Die Neuwahlen sollen  
im Oktober ausgeführt werden.

## Der Präsidenten-Etat herabgesetzt.

WZ, Berlin, 26. Sept. Der Haushaltsaus-  
schuß der Nationalversammlung hat heute den Haushalt des Reichs-  
präsidenten einmütig in der Form genehmigt, daß das Ge-  
halt auf 100 000 Mark und die Gehaltszulagen auf rund  
800 000 Mark (im Voranschlag 704 000 Mark) ermäßigt  
wurden. Darin sind einbezogen 109 000 Mark zur freien  
Disposition des Reichspräsidenten, über die Rechnung abzu-  
legen ist. Das Büro des Präsidenten umfaßt einen  
Vize der Büros und acht der geordneten  
drei Vortragenden Räte drei Referenten.

## Ausdehnung des Berliner Metall- arbeiterstreiks.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Vom Ver-  
band der Metallarbeiter wird uns folgendes mitgeteilt: Die  
Zahl der Streikenden ist bis heute auf 11 000 gestiegen. Die Zahl der Be-  
trifft auf 115 erhöht. Die Zahl der tatsächlich befristeten  
Arbeiter beträgt heute schon 183. Die Zahl der Streikenden  
ist von 18 000 auf 24 000 gestiegen, und die der ausgesprochenen  
Arbeiter hat sich auf 66 000 erhöht, so daß heute rund 93 000  
Arbeiter im Kampf liegen. Unter den Streikenden befin-  
den sich aber nicht nur Metallarbeiter, sondern auch Trans-  
portarbeiter, Fabrikarbeiter und vor allem Feiler und  
Werkstätten. Besonders die Feiler und Maschinenisten sind  
nach den Mitteilungen des Metallarbeiterverbandes sehr  
schwer zu halten. Ihre Streik soll so groß sein, daß man  
mit einer Sperre der Kraft- und Lichtstationen Berlin und  
damit mit einer allgemeinen Arbeitsruhe in Berlin rechnen  
kann. Mit einem Streik händlerischer Feiler und Maschinenisten  
kann schon in den nächsten Tagen gerechnet werden.

Nach den Abendblättern genimmt der Streik der Metall-  
arbeiter an Ausdehnung. Vor allem beginnt die Feiler-  
streikbewegung Schule zu machen. In den Werkstätten  
wird stark damit gerechnet, daß die Feiler auch diese Werke  
mitlegen werden. Doch sind seitens der Feiler Schritte nicht  
unternommen worden. In der Fabrik der A. G. G.  
in der Brunnenstraße, sowie im Imperatorwerk haben die  
Feiler die Arbeit heute niedergelegt, so daß die Werke still-  
liegen.

## Vom Hafnarbeiterstreik.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von  
unternommenen Streik ersehen, ist in dem Streik der Hafnar-  
arbeiter in Hamburg noch keine Venderung eingetreten.  
Nach wie vor stehen die radikalen Teile der Hafnarbeiter-  
schaft im Streik, während die konservativen Teile der mehrheits-  
sozialistischen Richtung weiterarbeiten. Im Altonaer Stadt-  
parlament ist gestern ein Antrag eingebracht worden, an die  
Hafnarbeiter pro Kopf 600 Mark Ueberzahlungsalagen zu ge-  
währen. Dieser Antrag wurde einer Kommission zur Be-  
schickung übergeben. In Göttingen dauert der Streik eben-  
falls noch an, doch sind bereits Einigungsverhandlungen im  
Gange. Inzwischen können die begonnenen Hofarbeiten  
nicht ausgeführt werden und es wird die Ausführung der  
Berkösten befristet. Dazu kommt noch, daß unter den  
Arbeitern der Stettiner Wasserwerke die Agitation zur  
Inferierung eines Sompattistrits immer stärker wird  
und mit dem Ausbruch eines solchen Streiks, der die Wasser-  
versorgung Stettins ernstlich gefährden würde, hinsichtlich ge-  
rechnet werden kann.

## Ausfahrt von Fischdampfern.

WZ, Hamburg, 26. Sept. Von den wegen des Streiks der  
Seeleute seit einigen Tagen ausliegenden Fischdampfern  
haben heute drei ihre Fangreise wieder aufgenommen.  
Weitere werden folgen.

## Lohnbewegung unter den Frankfurter Metallarbeitern.

Frankfurt, 26. September. (Eigene Drahtnachricht.)  
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes  
hatte an den Arbeitgeberverband eine Eingabe gerichtet, in  
der um die Erhöhung der Löhne ersucht wurde. Die  
Industriellen antworteten in ablehnendem Sinne,  
woran eine Verminderung der Vertrauensleute und Be-  
triebskosten befristet, den Tarifvertrag zu kündigen.

## Protest gegen die rheinische Republik.

WZ, Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die  
demokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung,  
Abgeordneter Janen, in seiner „Walden Zeitung“ mit, daß  
vor kurzem in Köln Vertreter aller rheinischen Parteien,  
mit Ausnahme allerdings des Zentrums, zusammengetreten  
sind und sich dahin verständigt haben, eine gemeinsame Ent-  
scheidung zu treffen, nach der alle diese Parteien, also  
Deutschdemokratische Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-  
demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei und auch  
die unabhängige Sozialdemokratie, diejenigen Mitglieder  
aus ihren Reihen auszuwählen, die hierfür noch weiter für den  
Gedanken der rheinischen Republik eintreten.

## Der Absolutismus des Kaisers

Gheimrat Otto Hamann läßt in den nächsten  
Tagen den dritten Band seines Reminiscenzwerkes „Ein  
Tagung“ erscheinen, der wie die beiden ersten Bände  
starkes Interesse beanspruchen dürfte. Das Werk, das in  
6 Kapitel zerfällt, beginnt mit der Zeit des wiedergewählten  
Kaisers Bismarck und führt uns über die „Tafelrunde“, die  
„Konfessions-liberale Paarung“, das „Gebirg der Politik“ der  
zwei Eichen“, „Vorboten des Weltkrieges“, den „November-  
sturm 1908“ zum „Abgang des Fürsten Bismarck“. Es schließt  
mit einem Epilog, der sich auch mit der Schuld am Krieg  
beschäftigt. Durch das Entgegenkommen des Verlegers von  
Reimar Hobbing sind wir schon heute in der Lage, ein  
Kapitel hier zum Abdruck zu bringen, das den Absolutismus  
des Kaisers beleuchtet. Es heißt dort inbegriffen auf dem damals  
vorgesehenen Abgang des Erbprinzen von Scheide aus  
dem Kolonialamt:

Für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß der stell-  
vertretende Kolonialdirektor Erberling von Hofenlohe, der  
sein Amt mit Freizügigkeit und besten Willen verwaltete, aber den  
politischen Kolonialideen im Reichstage nicht gemäßen  
war, zurücktreten würde, dürfte Fürst Bismarck, den  
Gouverneur von Ostafrika Graf Götze zum Nachfolger  
auf den Nachfolger auf den künftigen Staatspräsidenten vorzu-  
schlagen. Der Kaiser wollte jedoch vorläufig nicht darauf  
eingehen, „Erni“ habe nicht einen Ehrenposten, sondern eine  
Arbeitsstelle erlangen wollen und damit allen Fürsten ein  
gutes Beispiel gegeben; ihn nicht gehen zu lassen, läßt so  
aus, als ob er dem Zentrum, das noch Anfang an gegen ihn  
gewesen sei, gepostet würde. Der Kaiser war dem Zentrum  
nicht gewogen, nicht sowohl wegen dessen katholischer Tendenzen  
als weil sein absolutistischer Geist jeder Partei ab-  
geneigt sein mußte, die eine ähnliche parlamentarische Macht  
ausgeübt hätte wie das Zentrum im Reichstage.

Im August 1906 hielt ich mich auf Wunsch des Kam-  
lers einige Tage in Bornberg auf. Er besprach mit mir  
die innere Lage und legte mir unter anderem eine Meldung  
des vortragenden Rates in der Reichskanzlei vor, worin  
Herr v. Roedel mitteilte, daß ihm von einem alten Afri-  
kaner (Führ. v. Eberstein) der Direktor der Darmstädter  
Bank, Bernhard Dernburg, als ein Mann bezeichnet worden  
sei, der die besten Eigenschaften der kolonialen Wirtschaftskraft  
zu befestigen und der Kolonialabteilung in Berlin einen  
neuen präzisieren Geist beizubringen.

Ich kannte Dernburg nur flüchtig, empfahl aber drin-  
gends einen energischen Kaufmann wie Dernburg zu berufen  
Nach einem so ungewöhnlichen Schritt werde zunächst größere  
Ruhe eintreten, das Beitreten der sogenannten Kolonial-  
fanale erwidert werden und die Ansicht zu lassen, daß es  
dem Kanzler ernst sei mit der Kolonialreform. Die Ent-  
lassung Ernis sehe dann auch nicht mehr wie ein neues Ange-  
wiesenes als das Zentrum aus. Roedel wurde angewiesen,  
mit Dernburg in Verbindung zu treten und dann das Ein-  
verständnis des Kaisers vom Fürsten Bismarck leicht erreicht.

Degegen trat in jenem Sommer, in dem infolge des  
langen Erholungsurlaubes Bismarcks die länderliche persönliche  
Führung mit dem Kaiser fehlte, der absolutistische  
Zug im Wesen des Kaisers bei mehreren Gelegenheiten  
klar hervor. Während der Nord-  
landreise kam ein Immediatbericht des preussischen Staats-  
ministeriums, der im Anschluß an die Geburt des ersten  
Sohnes des Kronprinzenpaares den Erlaß einer Amnestie  
vorschlug, mit sehr ungnädigen Bemerkungen aus  
Molde zurück. Jetzt aus heiterem Himmel wegen der  
Geburt eines Entes eine Amnestie an höchster Stelle zu  
bestellen, sei ungebührlich, das Ministerium hätte  
zu warten, bis der Souverän ihm seine An-  
regungen zugehen ließe. Gleichwohl gelang es den  
Bemühungen Bismarcks, zu den Teufelstücken Ende August  
eine Amnestie für Strafen wegen Majestätsbeleidigungen  
zu erwirken. Ferner: Nach dem Paradedeich am 2. Sept.,  
dem auch der Reichskanzler beiwohnte, zeigte sich der  
Kaiser aufgebracht darüber, daß die Bahn von  
Ruhb nach Reemshoop nicht ohne Einwilligung der  
Reichstages und gegen den erheblichen Beschluß in der letz-  
ten Tagung logisch in Angriff genommen werden sollte.  
Am nächsten Tage, bei einem gemeinsamen Vertrag des  
Kaisers, des Generalleutnants v. Molke und des Chefs des  
Militärkabinetts Grafen v. Hülsen, gab der Kaiser nur  
widerwillig nach. Es blieb aber eine Verhütung gegen  
Bismarck zurück.

Die Gelegenheit, in friebzeitlichen Erörterungen zu  
schwelen, die sich bei den auf den Sedantag folgenden  
Wandern in Schlesien bot, wurde vom Kaiser reichlich  
ausgenutzt. Bei dem in der Provinz Schlesien gegebenen  
Wahl in Breslau fiel das Wort: „Dem Leben den ge-  
hörigen Platz, die Welt, und der Lebende hat recht.“ Schwarz-  
schwarz ist nicht, und wer sich zur Arbeit nicht  
eignet, der schide aus und lude sich ein besseres Land.“  
In einer englischen Zeitschrift war ein Artikel erschienen,  
der die überlegene Bedeutung künftiger  
Monarchen gegenüber parlamentarischen





